Aus dem Gefängnis auf die Ringstraße

Zwischen 1945 und 1995 kämpfte die österreichische Lesben- und Schwulenbewegung vor allem um ihre Ermächtigung

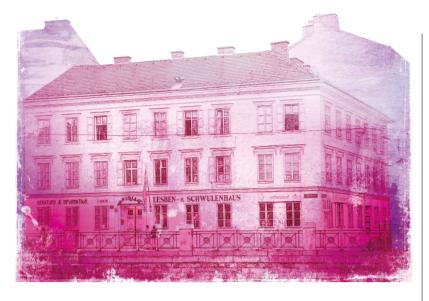


Die 1990er Jahre haben alles verändert. In den Jahren rund um die erste Regenbogenparade 1996 wechselte die Lesben- und Schwulenbewegung ihr Gesicht und ihre Position in der Gesellschaft. Aus Aktivist_innen einer kleinen, wenn auch engagierten Subkulturwurden Ansprechpartner_innen in Menschenrechtsfragen. Die Lesbenund Schwulenbewegung wuchs an Umfang und Bedeutung, sie fächerte sich auf und engagierte sich für die verschiedensten Zielsetzungen. Ein Professionalisierungsprozess war in vollem Gange. Dessen Erfolge waren

weithin sichtbar wie die Parade selbst, doch blieb er nicht unwidersprochen: "Viele "Kämpfer" der Schwulenbewegung sahen und sehen vielleicht heute noch in der Ausdifferenzierung und Professionalisierung einen Verrat an den einstigen radikalen Forderungen [...]"[1] – so ein Befund, der im Katalog zur Ausstellung "Goodbye to Berlin? – 100 Jahre Schwulenbewegung" (1997) zu lesen war.

Auch in Österreich sorgten die zunehmende Kommerzialisierung und Entpolitisierung der Bewegung sowie die "Eventkultur" vielfach für Kritik, gerade von lesbischer Seite. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hatten sich seit deren Anfängen in den 1970er Jahren geändert. Unter dem Einfluss verschiedener sozialer Bewegungen wie der Frauen-, der Student_innen- und auch der Lesben- und Schwulenbewegung wurden überkommene gesellschaftliche Verhältnisse nach und nach aufgebrochen. Errungenschaften wie die (schrittweise) Abschaffung strafrechtlicher Verfolgung, eine erhöhte Sichtbarkeit im öffentlichen Raum und steigende Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft schufen neue Handlungsspielräume, die wiederum neue Ausprägungen,

¹¹¹ Wolfgang Theis (1997): Mach dein Schwulsein öffentlich – Bundesrepublik. In: Andreas Sternweiler (Hrsg.) (1997): Goodbye to Berlin? 100 Jahre Schwulenbewegung. Eine Ausstellung des Schwulen Museums und der Akademie der Künste, 17. Mai bis 17. August 1997, Berlin, S. 279-293, hier 293.



Strategien und Ziele der Bewegung ermöglichten und hervorbrachten. Ungeachtet aller Veränderungen verbindet jedoch eine übergeordnete Konstante die Bestrebungen von den 1970er Jahren bis heute: die Herstellung von Sichtbarkeit in der Gesellschaft als Grundlage politischer (und sozialer) Handlungsfähigkeit.

Vor der Entkriminalisierung von Homosexualität im Jahr 1971 war "Sichtbarkeit" allerdings nicht nur kaum möglich, sondern auch gefährlich. Seit 1852 hatte der Paragraph 129 Ib StGB die strafrechtliche Verfolgung von gleichgeschlechtlichen Handlungen zwischen Männern und zwischen Frauen geregelt. Im Nationalsozialismus wurden insbesondere homosexuelle Männer inhaftiert oder als Rosa-Winkel-Häftlinge in Konzentrationslager eingeliefert. Auch nach der Befreiung konnten die Überlebenden über den Grund ihrer Inhaftierung nicht sprechen, galten sie doch in der öffentlichen Meinung als "warme" KZler und weiterhin als Vorbestrafte. Von einer Zuerkennung des Opferstatus oder gar einer "Wiedergutmachung" für sie konnte keine Rede sein. Erst 2005 wurden sie ins Opferfürsorgegesetz aufgenommen.

Die Situation von Schwulen und wenngleich mit weitaus geringerem Verfolgungsgrad - Lesben im Österreich der Nachkriegszeit hatte sich gegenüber dem Nationalsozialismus nicht grundlegend geändert. Natürlich waren weder das Vokabular noch die

Drohungen von staatlicher Seite oder die Strafen, die auf "Unzucht wider die Natur" zu erwarten waren, vergleichbar. Was sich jedoch nicht geändert hatte: Homosexualität wurde weiterhin mit Gefängnis bestraft, die Ächtung weiter gesellschaftlicher Kreise war beim Bekanntwerden der eigenen Homosexualität garantiert.

Trotz der drohenden Verfolgung wusste der Wiener Schriftsteller Erich Lifka 1955 von "erfreulichen Anfängen von Clubs" zu berichten, die zu koordinieren "eine wichtige Aufgabe der guten Elemente unter den Homophilen" sein würde. Lifka war in dieser Zeit Wiener Korrespondent von Kreis, einer dreisprachigen Schweizer Schwulenzeitschrift. Was er aus Wien berichtete, war oft der letzte Stand der Bemühungen um die Strafrechtsreform. An diesen Bemühungen beteiligte sich auch der kurzlebige, von Franz Xaver Gugg initiierte Verband für freie Mutterschaft und sexuelle Gleichberechtigung, der bereits 1964 eine Symbiose von Frauen- und Homosexuellenbewegung anstrebte, mit seinen Anliegen für ein Recht auf Abtreibung und Abschaffung der anti-homosexuellen Gesetze in den 1960er Jahren aber kein Gehör fand. Auch die österreichische Liga für Menschenechte engagierte sich für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Situation von Homosexuellen, doch zeigten sich die Beharrungskräfte der österreichischen Gesellschaft als steter Hemmschuh eines spürbaren Fortschritts. Jahrzehntelang torpedierte die ÖVP die Entkriminalisierung von

Sexualität unter Erwachsenen gleichen Geschlechts.

Als es 1971 schließlich zur Streichung des § 129 Ib kam, wurden vier Ersatzparagraphen ins Strafgesetzbuch eingefügt, die weiterhin eine Sondergesetzgebung zu Homosexualität festschrieben: § 210 verbot männliche homosexuelle Prostitution, § 220 jegliche Werbung für Homosexualität und § 221 untersagte die Gründung von Vereinen, die Homosexualität begünstigten. § 209 setzte zudem für Sex zwischen Männern ein höheres Mindestalter fest als für Sex zwischen Frauen oder Frauen und Männern.

Obwohl das Vereinsverbot bis 1997 Bestand hatte, kam es in den 1970er Jahren zu ersten zaghaften Versuchen, auch in Österreich eine politische (vorerst ausschließlich) Schwulenbewegung zu etablieren. Ab 1975 trafen sich emanzipierte schwule Männer in der informellen Gruppe CO - Coming Out, die mit einer offen provokanten und gesellschaftskritischen Strategie eine Änderung der Rechtslage für Schwule anstrebte. Zur selben Zeit etablierten sich innerhalb der Frauenbewegung autonome Lesbengruppen, 1976 etwa in der AUF (Aktion Unabhängiger Frauen), die sich beim ersten 1980 stattfindenden österreichischen Lesbentreffen vernetzten und ihre Forderungen sowohl gegenüber der mitunter auch ablehnenden Frauenbewegung als auch der stark männlich dominierten Homosexuellenbewegung aufstellten. Wenn auch nicht explizit lesbisch, gehörten ab 1977 auch die women-only-Projekte Frauencafé und Buchhandlung Frauenzimmer zu den Orten zunehmender lesbischer Sichtbarkeit.

1979 wurde - trotz des bestehenden Verbotes – die Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien als Verein gegründet. Von ihrem Gründer Wolfang Förster ursprünglich als "unpolitische Selbsterfahrungsgruppe" für Männer geplant, wurde öffentliches Engagement für die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung Homosexueller schon bald zu einem zentralen Aufgabenbereich der HOSI. Bereits ein Jahr nach Gründung gab es innerhalb der HOSI



"... die lernen leichtere Sachen als wir." Wie Maßnahmen für schulische Inklusion ins Gegenteil schlagen können. Von Tobias Buchner.



eine Lesbengruppe und bald auch Parität im Vorstand.

Ab Anfang der 1980er Jahre kam es innerhalb der HOSI zu ideologischen Konflikten zwischen der progressiven, aktionistischen und der gemäßigteren Linie, in denen sich schließlich die letztere durchsetzen konnte. Der Schwerpunkt wurde seither vor allem auf politisches Lobbying gelegt. Als 1982 aber zwei Aktivisten nackt die Bühne des Neujahrskonzerts im Wiener Musikverein stürmten und auf einem Transparent "Menschenrechte für Schwule" forderten, war diese Aktion nicht nur mit der HOSI abgesprochen, sondern auch – trotz offizieller Distanzierung - unterstützt. Obwohl die Aktion im internationalen Fernsehen wegen der Ausstrahlung der vorher aufgezeichneten Balletteinlage nicht zu sehen war, sorgte sie in der internationalen Presse für zahlreiche Berichte und durchbrach so das hartnäckige Gebot medialer Unsichtbarkeit von Homosexualität.

Ebenfalls 1982 besetzte eine Gruppe von Lesben und Schwulen ein Abbruchhaus an der Wienzeile und schuf mit der Gründung der Rosa Lila Villa ein weithin sichtbares Wahrzeichen schwul-lesbischen Lebens im Wiener Stadtbild: Man hatte ein Haus, und auf dem Haus stand drauf, was drin war. Mit der HOSI und der Villa hatte sich auch ein Charakterzug der Wiener Homo-Emanzipationsbewegung etabliert: Sie war fast immer eine von Lesben und Schwulen gemeinsam getragene Bewegung. Durch die AIDS-Krise sollte diese wenig später vor völlig veränderten Aufgaben stehen.

Die Reaktion von Seiten der Bewegung auf die AIDS-Krise war vorerst zurückhaltend. Man befürchtete, dass hinter der medialen Massenhysterie eine politische Inszenierung steckte, die Schwule weiter stigmatisieren sollte. Als im März 1983 erstmals zwei österreichische AIDS-Fälle bekannt geworden waren, war die Krankheit aber in greifbare Nähe gerückt und "real" geworden. Die HOSI sah vor allem in der Aufklärungsarbeit Handlungsbedarf und gab noch im März 1983 gemeinsam mit dem Wiener Gesundheitsstadtrat Alois Stacher eine Informationsbroschüre heraus. Die HOSI erkannte also sehr bald den Handlungsspielraum durch die mediale Aufmerksamkeit auf AIDS und versuchte sich innerhalb dieser öffentlichen Sichtbarkeit als Akteurin im Feld der politischen Entscheidungsfindung zu etablieren.

Unter anderem ausgelöst durch den Schock der AIDS-Krise trat die Lesbenund Schwulenbewegung in eine Phase der Professionalisierung und Mobilisierung ein. Neben der Zusammenarbeit mit politischen Institutionen und der Gründung von effizienten AIDS-Hilfe-Institutionen ab Mitte der 1980er Jahre wurden Forderungen wie jene nach Erb- und Mietrecht sowie der rechtlichen Absicherung von homosexuellen Partner_innenschaften für breite Teile der Bevölkerung plausibel. Die Konfrontation und der Umgang mit AIDS sowohl von Seiten der Gesellschaft als auch der Bewegung führte längerfristig zu einer gewissen "Normalisierung" von Homosexualität, deren Marginalisierung in der öffentlichen Aufmerksamkeit nicht mehr möglich war.

Der entstehende Raum wurde gegen Ende der 1980er und in den 1990er Jahren von diversen Gruppierungen und Organisationen gefüllt - ein Prozess, der als Ausdifferenzierung und Professionalisierung der Bewegung gesehen werden kann. Dieser Prozess

beinhaltete die Entstehung parteiinterner Gruppierungen wie der Grünen Andersrum oder Sozialdemokratie und Homosexualität (SoHo), juristischer Organisationen wie Rechtskomitee Lambda (RKL) sowie kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen. 1996 fand nach eineinhalbjähriger Vorbereitung die erste Regenbogenparade auf der Wiener Ringstraße statt. Die schwul/lesbische Bewegung feierte sich erstmals in ihrer ganzen Vielfalt.

1996 kam es auch - endlich - zur Abstimmung im Nationalrat über die noch bestehenden diskriminierenden Ersatzparagraphen (der Prostitutions-Paragraph war 1989 gefallen), infolge deren das Werbe- sowie das Vereinsverbot aufgehoben wurden. Die Abschaffung des sogenannten Schutzalter-Paragraphen, des Verbotes von Sex zwischen erwachsenen und jugendlichen Männern, wurde jedoch trotz massiver Lobbytätigkeit bis 2002 von ÖVP und FPÖ verhindert.

Die 1990er Jahre haben nicht alles verändert. Die Formen, Ausprägungen und Artikulationen der Bewegung mögen andere - vielfältigere - sein. Ihr Bestreben, Sichtbarkeit von und für LGBTIQ*-Personen in der Gesellschaft herzustellen sowie jeglicher Diskriminierung entgegenzuarbeiten, bleibt jedoch bis heute bestehen.

Virginia Hagn ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum QWIEN.

Hannes Sulzenbacher ist Ausstellungskurator und Historiker im Zentrum OWIEN.

QWIEN - Zentrum für schwul/lesbische Kultur und Geschichte

Forschung, Archiv, Bibliothek, Stadtführungen Große Neugasse 29, 1040 Wien www.qwien.at